

**Markus Herbert Weske (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick hat der Antrag der Piraten etwas. Er klingt irgendwie logisch. Er klingt irgendwie sozial. Und er klingt auch irgendwie gerecht.

Bei der Beschreibung des Problems treffen Sie in der Tat den Nagel auf den Kopf bzw. lassen den Nagel auf den Kopf treffen. Dort sind ja mehrere Zitate von anderen genannt worden.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Richtig!)

Aber zum Inhalt: Jeder von uns kennt das Problem – dazu braucht man die Hinweise der Gewerkschaften nicht – der unterschiedlichen Nettobezüge von angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern auch aus dem eigenen Bekanntenkreis. Mein Kumpel Gubi, der hier immer herhalten muss, wenn ich ein Beispiel brauche, ist Sportlehrer und wurde zwei Wochen vor seinem 35. Geburtstag verbeamtet. Er ist wie Oskarchen Mazerath mit der Blechtrommel um das Lehrerpult herumgelaufen.

Ich sagte ihm: Beachte, du darfst jetzt nicht mehr streiken. – Er entgegnete: Egal, Hauptsache mehr Geld. – „Denk daran: Wenn es dem Staat schlecht geht, kann er deine Wochenarbeitszeit erhöhen.“ – „Egal, Hauptsache mehr Geld.“ Diese Hauptsache bleibt gleichzeitig den Kolleginnen und Kollegen verwehrt, die – warum auch immer – nicht verbeamtet wurden. Dass das nicht besonders motivierend ist und im Zweifel zu Knatsch in der Belegschaft führen kann, liegt auf der Hand.

Eigentlich hat das auch jeder erkannt. Und wenn das Land noch einmal ganz von vorne anfangen würde, würde kein Mensch auf die Idee kommen, die eine Hälfte der Lehrerschaft mit 400 €, 500 € oder 600 € mehr im Monat zu vergüten als die andere Hälfte. Insofern ist das

ungerecht, und diese Ungerechtigkeit muss beendet werden. Da sind, denke ich, alle d'accord.

(Beifall von der SPD)

Klar ist aber auch: Das darf zu keinem ruinösen Wettbewerb zwischen den Ländern führen. Insofern ist nur eine bundesweite einheitliche Lösung sinnvoll. Das Angebot an die Lehrerin oder den Lehrer: „Fahre doch 20 km von Arolsen nach Marsberg; bei uns in NRW bekommst du E 12 und nicht wie in Hessen nur E 11“ – ich nenne das als Hausnummer, um die es geht –, ist nicht die Lösung, sondern die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt ist der richtige Weg.

Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ soll nicht nur innerhalb einer Schule gelten, sondern auch für die Schulen in Marsberg, Arolsen oder wo auch immer in dieser Republik. Damit sind wir also bei der Frage der Zuständigkeit – Frau Pieper, Sie haben es gesagt –: Eine faire und bundesweit einheitliche Lehrerinnen- und Lehrerentgeltverordnung ist ein tarifpolitisches Ziel und bleibt den laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vorbehalten.

Als Erstes stelle ich zum Antrag der Piraten fest: richtige Zeit, aber falscher Ort. Wir müssen erst einmal abwarten, was bei den Verhandlungen der Tarifparteien in Potsdam am Ende herauskommt.

Als Zweites möchte ich noch kurz darauf eingehen, dass Sie gesagt haben: Wir überweisen den Antrag federführend in den Haushalts- und Finanzausschuss,

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Ist klar!)

und dann müssen wir sehen, was die Tarifverhandlungen ergeben haben.  
– Jetzt haben wir das Problem, dass wir alle 48 Stunden eine Sitzung des

---

Haushalts- und Finanzausschusses haben.

Insofern sollten wir dieses Thema erst im Juni oder Juli, wenn die Ergebnisse vorliegen, beraten. Dann schauen wir weiter. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Weske. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Lohn.